



Geht das Hanf frei!

Unter Experten ist die Forderung nach Legalisierung quasi Konsens. **Seite 2**

Opposition geblieben

Der »telegraph« ist ein Kind der Wende und hat die Jubelfeiern trotzdem satt. **Seite 18**

Wittenberger Werkstatt

Lucas Cranach d. J. wirkte im Kernland der Reformation. Nun wappnet sich Sachsen-Anhalt für den 500. Geburtstag des Malers. **Seite 13**



Abb.: Porträt einer Dame, Lucas Cranach d. J.

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 26. November 2014

69. Jahrgang/Nr. 275 Bundesausgabe 1,80 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Geräusche des Absturzes

Tom Strohschneider über die Thüringer CDU

Ein rot-rot-grünes Novum, eine knappe Mehrheit im Landtag – es ist ja durchaus verständlich, dass jeder Schritt von Bodo Ramelow auf dem Weg zum Thüringer Ministerpräsidenten derzeit ganz genau beobachtet wird. Da es Differenzen darüber gibt, hat das Justizministerium nun ein Gutachten vorgelegt, wie viele Stimmen der LINKE-Politiker in einem möglichen dritten Wahlgang braucht. Der CDU gefällt das Ergebnis nicht. So weit, so normal.

Keineswegs normal ist aber die Art und Weise, in der die Union im Freistaat gerade ihre Unfähigkeit bezeugt, mit einer politischen Realität umzugehen, die sie nach 25 Jahren aus der Regierung drängen könnte. Da wird zur Jagd auf die »Bande« der politischen Konkurrenz aufgerufen und nach jedem geschichtspolitischen Strohhalm gegriffen. Und nicht zuletzt inszeniert die CDU einen internen Machtkampf auf dem Rücken der Landespolitik. Dass bisher niemand von der Union gegen den Linken antreten will, liegt daran, dass keiner der in Rede stehenden Kandidaten alle CDU-Stimmen sicher hätte.

Die Union in Thüringen streitet – und will offenbar nicht akzeptieren, dass sie für eine von ihr selbst geführte Mehrheit derzeit keine Partner findet. Das Schauspiel, das sie deshalb und aus innerer Zerrissenheit aufführt, legt beredtes Zeugnis von ihrem eigenen Demokratieverständnis ab – etwas, das sie dieser Tage an anderen oft, laut und in großer Pose kritisiert. Es sind dies die Geräusche des Absturzes der einstigen Thüringerpartei.

UNTEN LINKS

Seit über 50 Jahren kurven die Menschen in einer Gegend herum, für die sie nicht gemacht sind und wo sie eigentlich nichts zu suchen haben: im Weltall. Gäbe es dort eine ordentliche Verwaltung, sie hätte die Menschen längst wieder abgeschoben, die doch im Weltall nichts weiter tun als Gestein zu entwenden und Schrott zu hinterlassen, der bei ihnen zu Hause Sondermüll wäre. Man muss aber befürchten, dass die Menschen sich noch viel breiter machen im unwirtlichen All, ja dass sogar eine regelrechte Menschenschwemme einsetzt, denn nun haben sie erstmals etwas mit nach da oben genommen, was den Aufenthalt im Orbit einigermaßen behaglich gestaltet: eine Espressomaschine, die in der Schwerelosigkeit funktioniert. An solche fundamentalen Dinge der Haushaltführung hatten die Herren Einstein, Ziolkowski und von Braun bei ihrem Spintisieren und Herumgebastel natürlich nicht gedacht. Bei ihnen stand der Kaffee wahrscheinlich immer irgendwie automatisch auf dem Tisch. wh

Sorgenvolle Sorben

Gezielte Attacken auf Jugendliche verbreiten Angst in der Lausitz



Foto: Minderheitensekretariat.de

Berlin. Geldsorgen sind es derzeit nicht, die die Minderheit der Sorben umtreiben. Am Dienstag beschloss der Rat der Stiftung für das sorbische Volk seinen vorläufigen Haushalt für das kommende Jahr. Demnach können 18,1 Millionen Euro ausgegeben werden. Eingeplant seien dabei laut Stiftungsdirektor Marko Suchy insgesamt 17,8 Millionen Euro an Zuschüssen, die der Bund, Sachsen und Brandenburg bereitstellen wollen. Da die beiden Bundesländer bislang keinen Etat für 2015 verabschiedet hätten, müsse die Stiftung vorerst mit einem vorläufigen Plan arbeiten. Mit dem Budget werden etwa 360 Stellen in neun sorbischen Ein-

richtungen sowie Projekte finanziert, sagte Suchy. Das Geld komme unter anderem dem Sorbischen Institut sowie dem Deutsches-Sorbischen Volkstheater in Bautzen zugute.

Was den Sorben derzeit allerdings große Sorgen bereitet, ist eine Bedrohungslage, die über das bisherige Maß an Anfeindungen hinaus geht. Antisorbische Schmierereien, wie sie immer wieder auch an Ortsschildern zu finden sind, wo etwa sorbische Ortsbezeichnungen unkenntlich gemacht werden, gab es bereits in der Vergangenheit. Doch dass Jugendliche gezielt von offenbar gut organisierten verummten Personen angegriffen, beleidigt, be-

droht werden, ist neu. Die Polizei nimmt diese Übergriffe scheinbar ernst und versichert, hart gegen die Angreifer vorgehen zu wollen. Und auch von anderer Seite tut sich etwas. So ist im sächsischen Bautzen eine Onlinepetition gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit gegenüber Asylbewerbern und Flüchtlingen sowie der sorbischen Bevölkerung gestartet worden. »Seit Jahrhunderten leben in unserer Region Deutsche und Sorben friedlich miteinander. Dieses Zusammenleben hat unsere Region bereichert, genau wie es der Austausch mit anderen Menschen und Kulturen tut«, heißt es in dem Aufruf. nd **Seite 3**

Tod eines Afroamerikaners bleibt ungesühnt

Keine Anklage gegen weißen Polizisten in Ferguson / Proteste in den USA gegen Rassismus

Dreieinhalb Monate nach dem Mord an dem Afroamerikaner Michael Brown wird der To-desschütze, ein weißer Polizist, nicht angeklagt. Die Folge: neue Gewalt, nicht nur in Ferguson.

Von Max Böhnelt, New York

Der Tod des 18-jährigen Michael Brown ist nach Auffassung einer Grand Jury und der Staatsanwaltschaft auf keine Straftat zurückzuführen. Der Polizist Darren Wilson habe in berechtigter Notwehr gehandelt, hieß es in der Erklärung, die der Bezirksstaatsanwalt Bob McCulloch am Montag (Ortszeit) verlas. Es handele sich um »eine tragische Geschichte«, er habe »großes Mitgefühl« mit der Familie. Aber von Anfang an hätten die Presse und soziale Medien Gerüchte und Desinformation gestreut und die Bevölkerung aufgewühlt. Zahlreiche Zeugen hätten der zwölfköpfigen Grand Jury aber berichtet, dass der Teenager

den Polizisten angegriffen habe. Unmittelbar nach McCullochs Erklärung drückten die Eltern von Michael Brown in einem Offenen Brief ihre Enttäuschung darüber aus, dass der »Mörder unseres Kindes« sich nicht zu verantworten hat. Gleichzeitig appellierten sie an die Demonstranten, friedlich zu bleiben.

Doch schon da konnten Hunderte, die vor dem Polizeigebäude von Ferguson ausgeharrt hatten, ihre Wut nicht mehr zügeln. In den darauf folgenden Stunden gingen mehrere Polizeifahrzeuge sowie ein Dutzend Geschäftsgebäude in Flammen auf. Mehrmals hallten Schussalven durch die von Tränengas erfüllte Luft. Zahlreiche Geschäfte wurden geplündert. Nach Mitternacht drängten schwer bewaffnete Polizeieinheiten, unterstützt von der Nationalgarde, die Demonstranten von den Straßen und weg vom Polizeihauptquartier. Auch USA-Präsident Barack Obama meldete sich im Fern-

sehen kurz nach der Erklärung des umstrittenen Staatsanwalts zu Wort. Er appellierte an die Protestierenden, sich friedlich zu verhalten, und an die Polizei, sich zu-

»Wir sind eine Nation, die auf dem Rechtsstaatsprinzip gründet.«

Barack Obama, Präsident der USA

rückzuhalten. Er verstehe, dass viele enttäuscht seien. Probleme wie in Ferguson gebe es im ganzen Land, sie würden »nicht einfach erfunden«, so Obama vage.

Von der geheim tagenden Grand Jury ist nur die ethnische Zusammensetzung bekannt: neun Weiße und drei Schwarze. Dabei ist die übergroße Mehrzahl der Bewohner in Ferguson schwarz. Eine

ähnliche, auf den strukturellen Rassismus in den USA zurückzuführende Ungleichverteilung ist dort in allen Institutionen der Macht sichtbar. Nicht nur in den Gerichten, auch in der Polizei und in den Führungsspitzen der Unternehmen fehlen Afroamerikaner. Laut einem Bericht unabhängiger Beobachter habe die Polizeigewalt gegen Schwarze »epidemische Ausmaße« angenommen. Danach wird alle 28 Stunden ein Afroamerikaner ermordet.

Der Fall Michael Brown ist in den USA Tagesthema. Noch in der Nacht bildeten sich in den meisten Großstädten Demonstrationen mit Tausenden von Teilnehmern. Auch vor dem Weißen Haus skandierten über 1000 Menschen bis nach Mitternacht Parolen wie »Black lives matter« (Schwarze Leben zählen) und »Killer cops«. Aktivisten kündigten an, Polizeiübergriffe und Rassismus weiter auf den Straßen zu thematisieren.

Ramelow reichen in Thüringen »nur die Ja-Stimmen«

SPD-Justizminister legt Gutachten für eventuellen dritten Wahlgang vor

Berlin. Im Streit um das Prozedere eines möglichen dritten Wahlganges bei der Kür des Ministerpräsidenten in Thüringen hat ein Gutachten die Position der Linkspartei bestärkt. Laut der Expertise des Düsseldorfer Rechtsprofessors Martin Morlok im Auftrag des SPD-geführten Justizministeriums wäre der LINKE-Politiker Bodo Ramelow im dritten Wahlgang sogar dann gewählt, wenn er ohne einen Gegenkandidaten nur eine Stimme bekäme. In der 28 Seiten umfassenden Stellungnahme kommt Morlok zu dem Schluss, dass aus der Landesverfassung klar hervorgehe, dass es »auf das Verhältnis zur Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen« nicht ankomme. Darauf beharrt ein Teil der CDU im Freistaat, die inzwischen ein eigenes Gutachten angekündigt. Die Landtagsverwaltung hat bisher erklärt, ihrer Ansicht nach benötige Ramelow auch in einem dritten Wahlgang mehr »Ja«- als »Nein«-Stimmen. Rot-Rot-Grün hat im Landtag nur eine Stimme Mehrheit.

Das Gutachten Morloks kritisierte der Generalsekretär der Thüringer CDU, Mario Voigt, als »juristischen Taschenspielertrick« und sprach von einem »abenteuerlichen Demokratieverständnis«. Die Landesvorsitzende der LINKEN, Susanne Hennig-Wellsow, sagte der »Mitteldeutschen Zeitung«, Ramelow habe »eine Mehrheit und ein Programm. Christine Lieberknecht muss jetzt sofort erklären, ob sie kandidiert oder nicht.« nd **Seite 5**

Juncker hofft auf Investoren für EU

300-Milliarden-Paket angekündigt / Papst rügt Flüchtlingspolitik

Straßburg. Mit Spannung wird erwartet, dass EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am Mittwoch im EU-Parlament in Straßburg einen Investitionsplan im Umfang von 300 Milliarden Euro vorstellt. Diesen hatte er vor seiner Wahl im Sommer angekündigt. Er sollte am Dienstag unter dem Titel »Invest in Europe« von der Kommission beschlossen werden. Ob die Summe von 300 Milliarden Euro wirklich zusammenkommt, wurde jedoch schon zuvor in Medienberichten infrage gestellt. Im Zentrum soll ein neuer Fonds der Europäischen Investitionsbank in Höhe von mindestens 20 Milliarden Euro stehen. Er soll private Investitionen anlocken, etwa indem die öffentliche Hand anbietet, anteilig die ersten auflaufenden Verluste aus Investitionen zu übernehmen. Diese »Verlusthaftung« wird von mehreren EU-Politikern kritisiert.

Bereits am Dienstag sprach der Papst vor dem EU-Parlament. »Man kann nicht hinnehmen, dass das Mittelmeer zu einem großen Friedhof wird«, sagte Franziskus mit Blick auf die Flüchtlingspolitik. Unterdessen wurde bekannt, dass vor der griechischen Insel Kreta ein Flüchtlingsboot mit mehreren Hundert Menschen an Bord in Seenot geraten ist. Seit Jahresbeginn sind im Mittelmeer nach UN-Angaben mindestens 2500 Asylsuchende ertrunken. Agenturen/nd **Seiten 4 und 7**

Lesen Sie heute im Ratgeber

Das Rentenplus ab Juli 2015 und wie die Entwicklung in den Folgejahren aussieht

Elektronische Mautkontrolle statt Vignette ab 2016

Wie lohnenswert ist eine Lebensversicherung noch?

ISSN 0323-3375

